

INHALT

<i>Vorwort</i>	VI
<i>Quellen</i>	XI
<i>Literatur</i>	XVII
1. GRUNDKOMPONENTEN DER POLITISCHEN KONZEPTION KÖNIG WILHELMS I. VON WÜRTTEMBERG VOR 1848	1
2. ZUR AUSBILDUNG DES POLITISCHEN SELBSTVERSTÄNDNISSES DES KÖNIGS	5
3. ERSTE POLITISCHE PRAXIS — VERFASSUNGSVERHANDLUNGEN	10
3.1 <i>Abgrenzung der Rechte des Monarchen und der Staatsbürger</i>	10
3.2 <i>Abgrenzung der Rechte von Regierung und Verwaltung</i>	11
3.3 <i>Ständischer Einfluß auf die Ausübung der Staatsgewalt</i>	13
3.4 <i>Die ‚innere Verfassung‘ der Stände</i>	15
3.4.1 <i>Die Ausprägung des Begriffs der Repräsentation in der Verfassung</i>	15
3.4.2 <i>Die Regelungen zur Zusammensetzung der Stände</i>	16
3.4.2.1 Vertreter homogener Gruppen und eigener Rechte (16) — 3.4.2.2 Vertreter regionaler Verbände — Integration von Neu- und Altwürttemberg (19) — 3.4.2.3 Bezirksabgeordnete als Vertreter heterogener Verbände — Traditionelle Zusammen- fassung unterschiedlicher Interessen (20) — 3.4.2.4 Die Regelungen der Verfassung zur Zusammenfassung heterogener Interessen — Zwei-Klassen-Wahlrecht — Ge- meinde als Grundlage des Staates (21) — 3.4.2.5 Gemeindeverband als Vorausset- zung für soziale Integration (22)	
3.5 <i>Zusammenfassung: Die Verfassung in der politischen Konzeption König Wilhelms I.</i>	23
4. ZUM VERHÄLTNIS VON REGIERUNG UND STÄNDEN WÄHREND DER REGIERUNGSZEIT KÖNIG WILHELMS I. VOR 1848	25
4.1 <i>Zur Problematik der ‚Berücksichtigung der Interessen weiter Bevölkerungs- kreise‘ im Verhältnis zwischen Regierung und Ständen</i>	25
4.1.1 <i>Zollvereinsgesetzgebung (Fallstudie)</i>	25
4.1.2 <i>Realschuldebatte (Fallstudie)</i>	27
4.1.3 <i>Die Beurteilung der ständischen Opposition nach den Zollvereins- und Realschuldebatten durch König Wilhelm</i>	29
4.2 <i>Öffentlichkeitsarbeit von Regierung und Ständen</i>	30
4.2.1 <i>Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung</i>	30
4.2.2 <i>Das Wechselspiel der Kräfte im Verhältnis von Regierung und Oppo- sition bis 1848</i>	31
4.2.3 <i>Das Konzept der ‚Beteiligung‘ in der restriktiven und der aktiv- initiatorischen Öffentlichkeitsarbeit der Regierung</i>	36

4.3	<i>Die Überwindung des Gegensatzes zwischen Regierung und parlamentarisch-plebiszitärer Opposition am Beispiel der Wirtschaftspolitik</i>	39
5.	DIE POLITIK KÖNIG WILHELMS I. WÄHREND DER REVOLUTIONSZEIT	43
5.1	<i>Versuche des Königs zur Durchsetzung seiner Grundvorstellungen im labilen gesamtpolitischen Kräftefeld</i>	43
5.1.1	<i>Die Bedeutung der politischen Erschütterungen von 1848 und 1849 für die politische Konzeption König Wilhelms</i>	43
5.1.2	<i>Haltung gegenüber plebiszitär-demokratischen Tendenzen</i>	44
	5.1.2.1 Beispiele innenpolitischen Krisenmanagements vor 1848 (44) — 5.1.2.2 Nationalpolitisch akzentuierte Konflikte — Märzforderungen (45) — 5.1.2.3 Das württembergische Modell parlamentarischer Beteiligung zur Lösung der Konflikte in den deutschen Bundesstaaten (50) — 5.1.2.4 Die ‚Politik der Stärke‘ König Wilhelms (52)	
5.2	<i>Die Haltung des Königs gegenüber einer existentiellen Bedrohung des württembergischen Staates während der Reichsverfassungskampagne</i>	55
5.2.1	<i>Die Bedrohung von außen</i>	55
	5.2.1.1 Die Gefahr einer Mediatisierung durch Preußen (55) — 5.2.1.2 Die Gefahr der Isolierung und die Frage eines militärischen Alleingangs durch die Revolutionsregierung (56)	
5.2.2	<i>Bedrohung von innen</i>	60
	5.2.2.1 Opposition aller innenpolitischen Institutionen gegen den König (60) — 5.2.2.2 Die Frage der Einbeziehung des Militärs in die politische Auseinandersetzung (61)	
5.3	<i>Die Haltung König Wilhelms gegenüber Versuchen zur gesetzgeberischen Absicherung der revolutionären Errungenschaften — Fortsetzung der Reichsverfassungskampagne in den drei verfassungsrevidierenden Landesversammlungen</i>	64
5.3.1	<i>Grundzüge der Auseinandersetzung: innenpolitischer Modellversuch der Stände gegen außenpolitische Grundeinsichten des Königs</i>	64
5.3.2	<i>Das Ministerium als Instrument der politischen Initiative</i>	66
	5.3.2.1 Die Frage der parlamentarischen Regierungsbildung (66) — 5.3.2.2 ‚Monarchische Regierungsbildung‘ als Voraussetzung der Rückgewinnung der politischen Initiative für den König (68)	
5.3.3	<i>Die Frage der parlamentarischen Majorität als Voraussetzung der politischen Initiative</i>	71
5.3.4	<i>Versuche zur Zusammenarbeit mit den demokratisch gewählten Ständen</i>	73
	5.3.4.1 Stabilisierung als Voraussetzung für ein Entgegenkommen des Königs (73) — 5.3.4.2 Außenpolitischer Realismus gegen demokratischen Legitimus (75) — 5.3.4.3 Praktische Versuche der Zusammenarbeit im innenpolitischen Bereich (77)	
5.3.5	<i>Das Ministerium zwischen Monarch und Ständen</i>	79
6.	DIE POLITISCHE NEUORDNUNG WÜRTEMBERGS	81
6.1	<i>Innenpolitische Voraussetzungen für die Entfaltung der monarchischen Initiative</i>	81
6.1.1	<i>Versuch einer politischen Beteiligung aller Individuen — grundsätzliche und pragmatische Erwägungen</i>	81

6.1.2	<i>Wahlkampfmaßnahmen der ‚Regierungspartei‘ unter allgemeinem Wahlrecht — Verfassungsentwurf, Öffentlichkeitsarbeit</i>	84
6.1.3	<i>Dritte Wahlniederlage der ‚Regierungspartei‘ und dritter Versuch einer Minderheitsregierung</i>	86
6.1.3.1	Versuche innenpolitischer Zusammenarbeit (86) — 6.1.3.2 Nationalpolitische Auseinandersetzung (88)	
6.1.4	<i>Der Rückzug der Bewegung von 1848</i>	98
6.1.4.1	Grundlagen der Konfliktbewältigung (98) — 6.1.4.2 Der Ausschuß der dritten Landesversammlung — Ständische Exekutivrechte gegen die Exekutive der Regierung (101) — 6.1.4.3 Die Jurisdiktive als Instrument gegen die Regierung (118)	
6.2	<i>Die nationalpolitische Initiative des Königs</i>	130
6.2.1	<i>Die Bedeutung der Nationalpolitik König Wilhelms für Württemberg</i>	130
6.2.2	<i>Die Lösung der nationalen Frage aus württembergischer Sicht</i>	132
6.2.3	<i>Die Darstellung der Bundespolitik König Wilhelms gegenüber der Öffentlichkeit</i>	135
6.3	<i>Der Beginn der Reaktionszeit</i>	139
6.3.1	<i>Zum Begriff der ‚Reaktion‘ in Württemberg</i>	139
6.3.2	<i>Die Reaktionsmaßnahmen</i>	142
6.3.2.1	Presseknebelung (142) — 6.3.2.2 Beamtenpolitik (144) — 6.3.2.3 Durchführung von Säuberungen im Beamtenapparat (147)	
6.3.3	<i>Die Frage des politischen Einsatzes von Beamten</i>	152
6.4	<i>Die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem Parlament</i>	157
6.4.1	<i>Konsequenzen der Rückkehr zur Verfassung von 1819 für die Zusammensetzung des Parlaments</i>	157
6.4.2	<i>Die Beeinflussung der Kammerzusammensetzung im Rahmen der Verfassung von 1819</i>	159
6.4.2.1	Offene Wahlrechtsregelungen (159) — 6.4.2.2 Möglichkeiten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung innerhalb Württembergs (166) — Das Programm der ‚Regierungspartei‘ (171) — 6.4.2.4 Zur Integrationskraft des Parlaments — Die Alternative der Regierung zum allgemeinen Wahlrecht (172)	
6.5	<i>Der Versuch einer Neuordnung Württembergs als Reaktion auf 1848</i>	175
6.5.1	<i>Die Verwirklichung des Regierungsprogramms mit dem Landtag von 1851</i> ..	175
6.5.1.1	‚Die Demokraten‘ inner- und außerhalb des Parlaments (175) — 6.5.1.2 Die Konstitutionell-liberale Mehrheitsfraktion (178) — 6.5.1.3 Das Verhältnis zwischen Regierung und ‚Privilegierten‘ (181)	
6.5.2	<i>Der Verfassungsentwurf vom Juni 1851</i>	182
7.	DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN REGIERUNG UND PARLAMENT	189
7.1	<i>Die Kommunikation zwischen Ministerium und Volksvertretung innerhalb und außerhalb des Parlaments</i>	189
7.2	<i>Die Rolle des Königs bei der Einübung eines parlamentarischen Regierungsstils</i>	193
8.	ZUSAMMENFASSUNG: THESEN ZUR ENTWICKLUNG DES PARLAMENTARISMUS	199